

Im Gleichschritt marsch

Merkels Neun-Punkte-Plan für den reaktionären Staatsumbau

Nach den Anschlägen in Ansbach, Würzburg und München schlägt die Stunde der Hardliner. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) ätzte vom Tegernsee erneut gegen Bundeskanzlerin Merkel (CDU) und ihr „Wir schaffen das“ und plädierte für Abschiebungen in Kriegsgebiete. Andere raunten von Fußfesseln, Schleierfahndung und Reservistenarmee. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ließ es nicht bei Worten, sondern versetzte noch während des Amoklaufes in München eine Feldjägereinheit, Sanitätstrupps und Hubschrauberregimenter der Bundeswehr in Bereitschaft. Man wird ja wohl noch üben dürfen.

Um das Heft des Handelns nicht völlig aus der Hand zu geben, brach Angela Merkel kurzerhand ihren Urlaub ab, trat vor die Medien und fasste alles sorgfältig in einem „Neun-Punkte-Plan für mehr Sicherheit“ zusammen. Auf dem Rücken von Flüchtlingen, die – ob ein islamistischer, rechtsradikaler oder gar kein Hintergrund bekannt ist – irgendwie schuld sind, wird der Ausbau des reaktionären Sicherheitsstaates vorangetrieben. Es geht um mehr Geld, mehr Personal, mehr Technik und mehr Rechtsbruch für die Innere Sicherheit.

Oben auf der Wunschliste steht der Bundeswehreinsatz im Innern. Im neuen „Weißbuch“ der Bundeswehr, das von der Leyen im Juli vorgestellt hatte, konnten sich CDU und CSU zwar nicht ganz gegen den Koalitionspartner SPD durchsetzen, aber der Kompromiss kann sich schon sehen lassen: Die Bundeswehr darf „bei größeren Terroranschlägen“ ohne Grundgesetzänderung eingesetzt werden. Noch im Spätsommer soll entschieden werden, für welche Szenarien Bundeswehr, Bundes- und Landespolizei gemeinsam üben sollen. Diese zivil-militärische Tateinheit war bisher nicht möglich.

Zweitens geht es um mehr Überwachung. Vorratsdatenspeicherung, Vernetzung und ungehinderten Datenaustausch innerhalb der EU und „mit befreundeten Diensten“ und das Knacken verschlüsselter Kommunikation stehen auf dem Programm.



Foto: ISAF Headquarters Public Affairs Office

Angela Merkel bei der Truppeninspektion in Afghanistan im Dezember 2010, neben ihr Generalmajor Hans-Werner Fritz

Drittens geht es um härteres Abschotten und schnelleres Abschieben. Merkel will die „Rückführungsanstrengungen“ vor allem nach Afghanistan und Nordafrika verstärken. Ein Frühwarnsystem – auffälliges Verhalten soll sofort gemeldet werden – soll „Gefährder“ in Flüchtlingsheimen und Integrationsmaßnahmen ausmachen. Dabei sind die Zahlen von Abschiebungen und sogenannten „freiwilligen Ausreisen“ so hoch wie nie. Noch besser als Rückführungen findet Merkel es, wenn die Flüchtlinge gleich draußen bleiben. Sie ist voll des Lobes für die Arbeit der militärischen EU-Grenzschutzagentur Frontex. Durch mehr als 3 000 Flüchtlinge, die allein im ersten Halbjahr 2016 im

Mittelmeer ertrunken sind, lässt sie sich nicht beirren.

Beim Umbau des Staates hin zu einem reaktionären Sicherheitsstaat geht es sicher nicht darum, individuellen Terror aus Verzweiflung, Verblendung oder religiösem Eifer zu verhindern. Die Bundesregierung trägt durch ihre Kriegspolitik, die Unterstützung der NATO-Kriege, die Zerschlagung anderer Staaten auch mit Hilfe von Terrormilizen wie dem IS Mitverantwortung an dem, was heute passiert. Merkels Sofortprogramm ist keine Lösung, sondern die Fortsetzung und Vertiefung der Probleme.

Stattdessen gilt es Kriegspolitik und NATO zu stoppen, das Zerstören von Volkswirtschaften und das

Ausplündern von Ressourcen durch hiesige Konzerne zu beenden – und damit auch Fluchtursachen zu verhindern. Es gilt die Verursacher und Profiteure anzugehen. Es gilt, in diesem Land statt Ausgrenzung soziale Bedingungen für alle hier lebenden Menschen zu schaffen, die ein Leben lebenswert machen. Dazu gehören Frieden, Arbeit, Ausbildung, Bildung, Gesundheit, ein Dach über dem Kopf, Solidarität und gleiche Rechte für alle. Das ist die Idee des Sofortprogramms der DKP. Dafür demonstrieren wir am 17. September in sieben Städten gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA und am 8. Oktober in Berlin gegen die NATO-Kriegspolitik.

Wera Richter

We don't need no education!

Ein schlanker, föderaler Staat hält sich statt Hochschulen einen „Bologna-Prozess“ • Von Klaus Wagener

„Marode Bauten, schlecht bezahlte Forscher: Die Länder investieren zu wenig in die Hochschulen. Der Bund könnte ihre Blockade überwinden“, beklagt der Kulturminister von Mecklenburg-Vorpommern, Mathias Brodtkorb (SPD), in der FAZ die Misere an den Hochschulen. Schuld ist nach Auffassung des Sozialdemokraten in gewisser Weise die „Kulturhoheit“ der Länder. Deutschland stehe hinsichtlich seiner Hochschulpolitik „vor einem strategischen Dilemma“: Die Finanzierung und Steuerung der Hochschulen sei Ländersache, für die Finanzierung der Hochschulen gebe es „keinerlei Koordination zwischen den Bundesländern“:

In diesem System habe „den größten finanziellen Vorteil, wer am wenigsten in seine Hochschulen investiert“, zum Schaden für die Wissenschaft und den gesellschaftlichen Wohlstand. Nur der Bund könne „diese Rationalitätsfalle auflösen“:

Zwar gebe es den Länderfinanzausgleich, der allen Ländern eine vergleichbare Bereitstellung öffentlicher Güter ermögliche, doch jedes Land könne auf dieser Grundlage eigene Schwerpunkte setzen.

Beispielsweise mehr Straßenbau, weniger Bildung oder umgekehrt. Hessen liege

mit 307 Euro pro Einwohner bei der Hochschulfinanzierung vorn, während es Brandenburg nur auf 166 Euro bringe. Wer an der Hochschulfinanzierung spare, gehe davon aus, dass die „eigenen Landeskinder dennoch an anderen Hochschulen in Deutschland studieren“ würden. Ein „klassischer Fall von Kostenexternalisierung“ sei das, schimpft der Minister.

Da mag, oberflächlich betrachtet, sogar etwas dran sein. Brodtkorb entwickelt aber nun ein Prämiensystem, mit dem der Bund die „Rationalitätsfalle“ auflösen und eine bessere, in etwa gleich hohe Finanzausstattung der Hochschulen erreichen könnte, ohne die heilige Kulturhoheit anzukratzen. Insbesondere die problematische „Bindung von Zahlungsströmen an Studentenzahlen“ könne so überwunden und „Demographieresistenz“ hergestellt werden.

„Hätte, hätte, Fahrradkette“, hätte ein ehemals führender Genosse Brodtkorbs wohl darauf geantwortet. Man sollte doch nicht vergessen, dass es die Genossen Schröder und Eichel waren, welche mit Steuersenkungen im mehrstelligen Milliardenbereich zunächst die Einnahmen der öffentlichen Hand konsequent ausbombt hatten, um sich danach, gern

noch als „Sparhans“ mit einer kleinen Herde von Sparschweinen, mit einer Streichorgie in bleibende Erinnerung zu bringen. Und als sei das noch nicht genug, das Ganze auch noch mit einer Schuldenbremse zu „krönen“, die in Zeiten, in denen man mit Schulden machen Geld verdienen kann, zu den ganz besonderen Highlights finanzpolitischer Genialität gereift ist.

Eichel und Steinbrück haben in den schwäbischen Hausfrauen Schäuble und Merkel ihre würdigen Nachfolger gefunden. Und alles was seither im Bereich der öffentlichen Hand passiert, den inneren wie äußeren Repressionsapparat einmal ausgenommen, ist politisch gewollte und inszenierte Elendsverwaltung. Geld ist reichlich vorhanden, das private Nettovermögen, vor allem des reichsten Prozents der Bevölkerung, liegt laut Bundesbank bei 9,6 Billionen Euro, aber dort wo es dringend gebraucht würde, ist Ebbe. Um die „Bildungsrepublik Deutschland“ von Merkels leerer Wahlkampfphrase in die Realität zu überführen, bräuchte es keiner technokratischen Prämiernalmosen, sondern satter Milliardeninvesti-

verhältnisse, oft illegal, über Jahre und Jahrzehnte. Eine echte Win-win-Situation. Für die schwäbische Hausfrau und das mit kostenlosen Praktikanten reichlich versorgte Gewerbe.

Der „Schlanke Staat“ ist selbstverständlich kein Selbstzweck, sondern dient dem Shareholder-Value. Dem höchsten Wert überhaupt. Darum sieht der ebenfalls von Schröder & Co. vorangetriebene „Bologna-Prozess“ so aus, wie er aussieht: Renditeorientiert. Kosten schmälern bekanntlich die Rendite. Staatskosten ebenso. Darum muss gespart werden. An allem. Und daher haben sich alle wohl-tönenden Versprechungen der Bologna-„Reformer“, Qualitätssteigerung, geringere Abbrecherquote, höhere Mobilität und Auslandssemester, internationale Vergleichbarkeit, leichter erreichbare berufsqualifizierende Abschlüsse, unter dem knallharten neoliberalen Austeritätsdiktat in bunten Public-Relations-Rauch aufgelöst.

Multinationale Konzerne und erst recht die dahinter stehende Finanzbranche brauchen kein humanistisches Bildungsideal, keine soziale Kompetenz, mändrierende Grund-

lagenforschung oder gar soziale Mobilität, Arbeiterkinder an den Unis, sondern in knallhartem Wettbewerb

*Im Feuilleton fordert die FAZ
Geld für Bildung.
Der Wirtschaftsteil mahnt zum Sparen.*

tionen. Es bräuchte eine hinreichende Finanzierung der öffentlichen Hand insgesamt, damit sich die Länder nicht zwischen Pest, zu wenig für die Infrastruktur, und Cholera, zu wenig für die Bildung, entscheiden müssen, und der Bund sich nicht knickrig-kleinkariert hinter der „Kulturhoheit“ der Länder verstecken muss.

Alles schöne Phantasie. In der Wirklichkeit heißt es: Es lebe der „Schlanke Staat“. Stellenabbau, Outsourcing, Privatisierung. Der ehemals so stolze öffentliche Dienst ist nur noch ein neoliberaler Schatten seiner selbst. Selbst Kernkompetenzen verrotten. Was boomt ist das vom Genossen Schröder so heiß ersehnte Prekariat. Auch und gerade an den Hochschulen. Hier gibt es Hunderttausende junger, hochmotivierter, intelligenter Leute, welche sich nach Kräften, die Mohrrübe des Fachkräftemangels vor Augen, für die Fata Morgana von „Reich und Berühmt“, oder einfach für einen halbwegs bezahlten Job abstrampeln. Völlig umsonst.

Ohne qualifizierten Abschluss keine vernünftige Arbeit. (Mit zunehmend auch nicht.) Was die Mediziner zuerst erkannt hatten, wissen nun alle: diese Lage ist ausbeutbar. Zeitverträge, Kettenverträge, prekäre Arbeits-

um Geld und Studenten stehende, preisgünstige, fachborniert-verschulte Pauk-Durchlauferhitze für ein breites akademisches Bachelor-Proletariat und elitebewusste, aber nicht weniger bornierte Master-Führungskräfte. Und selbstverständlich ein breitgefächertes Abschlussangebot, passend möglichst für jeden Arbeitsplatz. Entsprechend inflationär ist die Zahl der möglichen Abschlüsse angestiegen. Und wenn schon Forschung, dann bitte „anwendungsorientiert“, mit am besten hochdekorierten Wissenschaftlern, die um „Drittmittel“ antichambrieren.

So weit, so billig. Dumm nur, dass mit „Bologna“ der „wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensgestützte Wirtschaftsraum der Welt“ (Lissabon, 2000) ganz offensichtlich nicht zu machen ist. Sogar Minister Brodtkorb hat das gemerkt, wenn auch nicht verstanden. Selbst der marode US-Imperialismus kann das deutlich besser, zumindest da, wo es ihm darauf ankommt. Das weiß auch die FAZ. Es steht dann im Feuilleton. Nachdem der Wirtschaftsteil die überbordenden Staatsausgaben beklagt, Strukturformen und Sparen angemahnt und weitere Steuersenkungen gefordert hat.

Sie verkörperten das bessere Deutschland

Die ersten deutschen Freiwilligen im Juli/August 1936 an der Aragón-Front • Von Werner Abel

Als am 18. Juli 1936 in Spanien reaktionäre Generäle und Teile der Armee gegen die rechtmäßig gewählte Volksfront-Regierung putschten, waren auch deutsche Emigranten unter den Verteidigern der bedrohten Republik.

Spanien gehörte zunächst nicht zu den klassischen Exilländern der Deutschen, die ihr Land wegen des Terrors der Nazis verlassen mussten. Das änderte sich mit dem Sieg der Volksfront im Februar 1936. Die unkomplizierte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erleichterte oft die Entscheidung, nach Spanien zu gehen. Antifaschistische Ausländer, darunter auch Deutsche, hielten sich außerdem – wegen der für den 19. Juli 1936 geplanten Volksolympiade – vor allem in Barcelona auf.

In Gefolge des Putsches kam es in verschiedenen großen Städten zu spontanen Abwehrkämpfen. Zunächst organisiert durch die mächtige anarchosyndikalistische Gewerkschaft CNT (Confederación Nacional de Trabajo) und die sozialistische UGT (Unión General de Trabajadores), stellte sich das einfache Volk, vor allem Arbeiter, Angestellte und linke Intellektuelle, den rechten Putschisten in den Weg. Erstmals in Europa schien es dem Volk zu gelingen, den Siegeszug der Reaktion aufzuhalten.

„Grupo Thaelmann“

Zu den Deutschen, die in Barcelona am Sturm auf die von den Putschisten gehaltenen Kasernen teilnahmen, gehörte auch Max Friedemann, jüdischer Herkunft und Kommunist. Eine Waffe, sagte man ihm, müsse er sich selbst erobern, zumindest aber, erzählte er später, sollte ihm innerhalb einer Minute beigebracht werden, wie ein Gewehr funktioniert.

Als die Kraft der Putschisten in Barcelona gebrochen war, vereinigten sich dort am 23. Juli vier Arbeiterparteien zum PSUC, der Sozialistischen Einheitspartei Kataloniens. Am gleichen Tag schlossen sich achtzehn der Teilnehmer an den Kämpfen – acht Deutsche, sieben Polen, zwei Schweizer und ein Engländer – zu einer Kampfgruppe zusammen, die zu einer der ersten internationalen Einheiten gehörte und die sich den Namen „Grupo Thaelmann“ gab.

Das war die Zeit, in der alle linken Parteien und Gewerkschaften Milizen gründeten, und so zog diese Gruppe mit der von den UGT- und PSUC-Funktionären José del Barrio und Manuel Trueba gegründeten Columna Trueba-del Barrio an die Huesca-Front und nahm

dort an den verlustreichen Kämpfen nahe dem Städtchen Tardienta teil.

Die Columna hatte inzwischen den Namen „Carlos Marx“ erhalten, aus ihr sollte später die 27. Division „Carlos Marx“ der Spanischen Volksarmee werden.

ein großes Problem. So verließen z.B. mit Egon Illfeldt und Kurt Hessenthaler zwei deutsche Kameraden die ohnehin kleine Thälmann-Gruppe und stellten sich in Barcelona der CNT zur Verfügung. Letztlich sahen sich aber auch die anarchistischen Milizen gezwungen,

nen 91 Deutsche, ungleich größer als die Thälmann-Gruppe. Als beide sich aber bei dem Sturm auf die Anhöhe trafen, auf der sich die hart umkämpfte Eremitage de Santa Quiteria nahe Tardienta befand, kam es wegen persönlichen Differenzen zu keiner Vereinigung. Zudem

Milizen, Abstimmungs- und Kompetenzprobleme und das Fehlen eines einheitlichen Kommandos und unterschiedliche Auffassungen der verschiedenen Milizen, die aus voneinander abweichenden politischen Positionen resultierten, verhinderten zum Beispiel auch, dass die strategisch wichtige Eisenbahnlinie Zaragoza-Huesca unterbrochen wurde. Die Milizionäre mussten aus der Ferne mit ohnmäßigem Zorn wahrnehmen, wie die Franquisten mit der Eisenbahn Zug um Zug ungehindert ihre Leute an die Front bringen konnten. Zaragoza, eigentlich eine Hochburg der CNT, war durch den Verrat des Zivilgouverneurs in die Hände der Putschisten gefallen. Max Friedemann erinnerte sich, dass manchmal niemand mehr wusste, wer auf wen schoss. Die Verluste unter den Internationalen waren hoch, die Centuria Thälmann verlor fast die Hälfte ihrer Kämpfer durch Tod oder Verwundung. Als sie zur Reorganisation nach Barcelona zurückgeführt wurde, waren sie so wenige, dass Hans Beimler mit dem Ausruf „Ihr seid Helden“ jeden einzelnen umarmen konnte.

Die Internationalen Brigaden entstehen

Nachdem am 22. Oktober hohe Komintern-Funktionäre dem sozialistischen Ministerpräsidenten Largo Caballero die Zustimmung abgerungen hatten, internationale Freiwilligenverbänden zu gründen, organisierten sich in Albacete in der Mancha die Internationalen Brigaden. Viele der Überlebenden der beiden Einheiten, die den Namen „Thälmann“ trugen, gehörten dann den ersten beiden Bataillonen der XI. Internationalen Brigade an, die ihre Feuerprobe in der Schlacht um Madrid erhielt.

Zu den deutschen Freiwilligen die an die Front gingen, gehörten aber auch diejenigen, die in den CNT-nahen Milizen die Grupo Internacional „Erich Mühsam“ der Columna Ascaso und die Grupo Internacional der Columna Duruti gebildet hatten. Zwischen allen den Deutschen, die in Spanien nunmehr die Chance sahen, dem Faschismus mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten, herrschten aber oft schroffe ideologische Gegensätze. Viel wichtiger jedoch ist: Mehr als 4 000 Deutsche, Männer und Frauen, halfen bei der Verteidigung der Spanischen Republik. Sie verkörperten das bessere Deutschland gegenüber denen, die im deutschen Namen zwei Jahre später Europa mit Krieg und Verderben überzogen.



Kämpfer der Spanischen Republik: „Grupo Thälmann“ – ein Foto des sowjetischen Schriftstellers Michail Koltzow

Zunächst aber setzte sich diese Einheit aus 800 Personen zusammen, die aber nur 600 Gewehre zur Verfügung hatten. In der Columna kämpften in den ersten Monaten ebenso wie in anderen Milizen auch Frauen, die aber dann im Zuge der sogenannten „Militarisierung“ der Milizen auf Befehl des Verteidigungsministeriums von der Front abgezogen wurden. Die „Militarisierung“, die auch erfahrene deutsche Offiziere wie Ludwig Renn forderten, bedeutete die Einführung hierarchischer Befehlsstrukturen, unterschiedliche materielle Ausstattung von Offizieren und einfachen Soldaten, vor allem aber die Abschaffung der für die Milizen typischen basisdemokratischen Willensbildung.

Gerade das aber war für viele linke Ausländer, die in ihren Herkunftsländern gegen das Militär und die bürgerlichen Armeen aufgetreten waren,

sich den militärischen Notwendigkeiten zu beugen.

Eine weitere Einheit ...

Während der Kämpfe erhielten die Angehörigen der „Grupo Thaelmann“ die Nachricht, dass im August aus Frankreich nach Spanien gereiste KPD-Funktionäre unter der Leitung von Hans Beimler eine weitere bewaffnete Einheit mit dem Namen „Ernst Thälmann“ gegründet hatten. Diese Einheit, die später mehr Aufmerksamkeit erfahren sollte als die Thälmann-Gruppe, nannte sich Centuria Thälmann, gehörte der Columna „19. Julio“ an und wurde militärisch zunächst von Albert Schreiner, dann von Hermann Geisen, nach dessen Verwundung von Georg Hornung, und politisch von Hubert von Ranke („Moritz Bresser“) geleitet. Die Centuria war natürlich mit über 160 Kämpfern, unter ih-

zeigten schon diese Kämpfe die Grenzen an, die das Milizsystem gegenüber einer regulären Armee hatte. Auch verfügten die meisten der Kämpfer beider Einheiten über keinerlei militärische Erfahrungen, außerdem wurde der Mangel an Waffen in der ersten Zeit durch das völlige Fehlen von Kommunikationstechnik noch übertroffen. Friedemann gelang es dann, Feldtelefone zu organisieren, später sollte er in der Volksarmee eine Schule für Fernmeldetechnik leiten. Was aber alle Kämpfer auszeichnete, war Entschlossenheit und beispiellose Einsatzbereitschaft.

Hohe Verluste

Die in der ersten Zeit nach dem Putsch lavierende Haltung der Regierung, ihre anfängliche Weigerung, Waffen an das Volk zu verteilen, die nicht koordinierten Kampfeinsätze der verschiedenen

Max Friedemann: Kämpfe in Barcelona

Neue alarmierende Nachrichten trafen aus Marokko ein. Die aus den Volksfrontwahlen hervorgegangene Regierung ließ sich trotz Warnungen der Kommunistischen Partei von den Generalen mit heuchlerischen Loyalitätserklärungen beruhigen.

Die Kommunistischen Parteien Spaniens und Kataloniens, aber auch andere Arbeiterorganisationen riefen alle Genossen zu erhöhter Wachsamkeit auf. Ab 16. Juli 1936 wurden Arbeitergruppen gebildet, die nachts in den Straßen am Hafen und vor den Kasernen Barcelonas patrouillierten. Es waren anstrengende Tage für uns. Die meisten arbeiteten tagsüber in den Betrieben, abends halfen sie im Vorbereitungskomitee für die Volksolympiade, und nachts gingen sie Patrouille.

Am 18. Juli spät abends schickte unser Gruppenleiter meine Frau Golda und mich nach Hause. Wir hatten seit zwei Nächten nicht mehr geschlafen.

Todmüde fuhren wir mit dem Vorortzug nach Sarria, wo wir wohnten. Am frühen Morgen weckte uns ein Genosse mit dem Ruf: „In der Stadt wird geschossen!“ Sofort machten wir uns auf den Weg. Die Vorortbahn fuhr nicht mehr, also zu Fuß in die Stadt. Draußen war es noch ruhig. Wir kamen ohne Schwierigkeiten bis zur Diagonale am Rande der Innenstadt. Dort trennten sich unsere Wege.

Meine Frau musste zur Plaza de España und zum Stadion, wo zahlreiche ausländische Sportler untergebracht waren. Sie war mitverantwortlich für deren Betreuung.

Mein Ziel war das Gebäude der Kommunistischen Partei Kataloniens. (...) In vielen Straßen, von den Dächern und Balkonen, von Straßenecken

und aus Häusereingängen schossen Faschisten auf die Arbeiter. Am heißesten wurde an der Plaza de Cataluña gekämpft.

Was war geschehen? Um 4.00 Uhr morgens waren die Soldaten der Kaserne Pedralbes ausmarschiert. Wir erfuhren später von Soldaten, dass ihre Offiziere ihnen vorgelogen hatten, sie müssten die Teilnehmer der Volksolympiade gegen anarchistische Gruppen, die Unruhen angezettelt hätten, schützen. Dasselbe war den Soldaten aus anderen Kasernen gesagt worden. Die Faschisten hatten jedoch die Rechnung ohne das Volk gemacht. Sie hatten nicht mit der Wachsamkeit und der Kampfbereitschaft der Arbeiter gerechnet und nicht erwartet, dass die Guardia de Asalto der Republik die Treue halten würde, dass selbst einzelne Gruppen der Guardia Civil, die eigentlich als Bürgerkriegstruppe gegen die Arbeiterschaft gedrillt war, auf die Seite der Republik übertreten könnten.

Mutig traten die Arbeiter den Soldaten entgegen. Sie sperrten die Straßen und forderten die Soldaten auf, nicht auf ihre Klassenbrüder zu schießen, sondern die Gewehre umzudrehen. Die einen schlossen sich daraufhin den Arbeitern an, die anderen gingen in ihre Dörfer zurück.

Nur eine Artillerieabteilung marschierte ins Stadtzentrum, besetzte die Gebäude an der Plaza de Cataluña, das Telefon- und Telegrafenanstalt, die Banco Alemana Transatlantica und das Hotel „Colón“. Doch die Gebäude wurden Stockwerk für Stockwerk zurückerobert. Dächer und Balkone wurden von faschistischen Heckenschützen gesäubert.

Inzwischen erreichte ich den Sitz des Zentralkomitees. „Gebt mir ein Gewehr!“ sagte ich zu einem Genossen.

„Wir haben keine Gewehre, du musst dir eins erbeuten“, antwortete er.

„Zeigt mir, wie man mit einem Gewehr umgeht.“ Einer erklärte es mir. Ganze anderthalb Minuten dauerte diese erste militärische Instruktion.

„Wohin soll ich nun gehen?“ fragte ich. Man sagte mir, dass der Sturm auf die Capitanía, die Garnisonskommandantur von Barcelona, bevorstehe.

(...) Ich eilte dorthin. In weitem Halbkreis um das Gebäude standen Arbeiter mit den roten Armbinden der sozialistischen und kommunistischen Parteien und andere mit schwarzroten Halbtüchern der Anarchisten und ihrer Gewerkschaften.

Nur wenige von ihnen waren bewaffnet. (...) Das Gebäude der Kommandantur war verbarriadiert, und in den Fenstern, geschützt durch Sandsäcke, sah man Gewehre und Maschinengewehre im Anschlag. Unser Feuer blieb wirkungslos, bis uns eine Gruppe der Guardia de Asalto zu Hilfe kam. Sie zog ein kleinkalibriges Geschütz heran, richtete es aus etwa 300 Meter Entfernung direkt auf das Tor und gab einige Schüsse ab. Durch die Bresche stürmten wir in die Capitanía. (...) Wir drangen in die Waffenkammer vor und beschlagnahmten den ganzen Bestand an Waffen und Munition. (...) Das war der erste Tag, und schon an diesem Tag konnten fast überall die Faschisten vertrieben werden, ausgenommen die gut gesicherte Atarazanakaserne am Hafen.

Nachts wurden Barrikaden gebaut. Im Morgenrauen arbeiteten wir uns Meter um Meter vor, und mittags nahmen wir die Kaserne von zwei Seiten unter Feuer. Dann stürmten wir. Endlich gab die Besatzung den Widerstand auf. Die Offiziere wurden gefangengenommen. Damit war, von einigen Schützen auf den Dächern abgesehen, der Putsch in Barcelona niedergeschlagen. Die Volksfront hatte den Sieg davongetragen.

An all diesen Kämpfen nahmen bereits internationale Kämpfer teil, Emigranten oder Teilnehmer an der Volksolympiade, darunter der Genosse Franz Löwenstein und Genosse Werner Hermelin, der in einem der Außenbezirke seinen Mann stand, um die putschenden Faschisten zurückzuhalten. Am 22. Juli wurde das von der Regierung beschlossene „Milizgesetz über die Bildung von Truppenformationen zur Befreiung der von den Faschisten besetzten Gebiete“ veröffentlicht.

Die deutschen Antifaschisten, die an den Straßenkämpfen teilgenommen hatten, schlossen sich zu einer Kampf Einheit im Rahmen der Miliz zusammen und gaben sich mit Zustimmung des Zentralkomitees der am 26. Juli gegründeten Sozialistischen Einheitspartei Kataloniens den Ehrennamen Gruppe „Thälmann“.

(...) Von den Sportlern, die zur Volksolympiade gekommen waren, blieben Gert Wohlrath, Käthe Hempel und die polnischen Genossen Emanuel Mink und Krassilock bei uns.

Aus: Brigada Internacional, Bd. 1, Berlin 1974